



S&D

**Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament**

Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60
B-1047 Bruxelles
T +32 2 284 2111
F +32 2 230 6664
www.socialistsanddemocrats.eu

Bernhard RAPKAY
Stellv. Vorsitzender

02.04.2014

Schwerpunkt Wirtschaft auf dem Vorgipfel des Europaparlaments

Afrika will raus aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Industrieländern. Viele Staaten sind bereit, etwa Investoren bessere rechtsstaatliche Bedingungen zu bieten. Die Wirtschaftsbeziehungen sind ein zentrales Thema auf dem derzeitigen EU-Afrika-Gipfel in Brüssel.

"Die EU-Strategie sollte nachhaltige Investitionen in den Vordergrund stellen", fordert der SPD-Europaabgeordnete und Stellv. Vorsitzende der Fraktion der europäischen Sozialdemokraten **Bernhard RAPKAY**. Zwar könne militärisches Eingreifen als letztes Mittel notwendig sein, wie im jüngsten Fall der Zentralafrikanischen Republik. "Wer aber den Frieden sichern will, muss den Menschen auch die wirtschaftliche Existenz ermöglichen".

Afrika sei dabei auf einem guten Weg, in vielen Ländern arbeite man daran, den rechtsstaatlichen Rahmen zu verbessern. Die Konjunktur ziehe an. Dabei dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass nicht alle Menschen vom Wohlstand profitieren.

Investitionen von EU-Seite sollen deshalb eine gerechte Verteilung im Blick behalten: "Wir brauchen faire Partnerschaften, deren Regelungen auch Kleinindustrie und Landwirtschaft unterstützen, die vielfach in Initiative der Frauen betrieben werden", so **Bernhard RAPKAY**. Dabei könnten auch die Wirtschaftsabkommen mit der EU helfen.

Diese Abkommen würden von afrikanischen Ländern zwar teilweise kritisiert, da sie voraussetzen, dass mit steigender Wirtschaftskraft die Märkte im Gegenzug für europäische Produkte geöffnet werden. "Einseitige Schutzklauseln, die 20 Prozent der Produkte von den gegenseitigen Handelserleichterungen zugunsten der afrikanischen Länder ausnehmen, sind ausreichend", erklärt **Bernhard RAPKAY**, "sollten unvorhergesehene Schwierigkeiten entstehen, muss neu verhandelt werden."

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen würden nicht nur dem Handel mit Europa dienen. Die damit verbundene Entstehung von regionalen Freihandelszonen ermögliche vielfach den gewünschten und nachhaltigen Handel zwischen Afrikanischen Ländern erst, der derzeit durch extreme Zölle behindert wird. Auch in dieser Hinsicht sei eine schnelle Umsetzung ein Beitrag zu mehr Wohlstand in Afrika. Europäische Delegationen und Abgeordnete sollten nicht nur mit Vertretern der Staaten sprechen, sondern auch mit Bevölkerung und Parlamentariern.